

# grün journal

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

## INHALT

### Bäume

Die Fraktion drängt auf Ersatz für gefällte Bäume. **S. 2**

### Hochschulen

Der Bund muss sich stärker an der Finanzierung beteiligen. **S. 3**

### Polizei

Die Kennzeichnungspflicht bei Großeingätzen kommt. **S. 4**

## Ganztagschule gestärkt

Die Koalitionsfraktionen treiben den Ausbau von Ganztagschulen in Bremen voran. In den Haushalten für 2014/15 haben Grüne und SPD für die nötigen Investitionen insgesamt 4,4 Millionen Euro umgeschichtet. Die nötigen Mittel für zusätzliche LehrerInnen- und Betreuungsstunden werden bereitgestellt. Unterm Strich werden sechs neue Ganztagschulen eingerichtet bzw. in Betrieb genommen, eine weitere soll zur gebundenen Ganztagschule umgewandelt werden.

Die Grundschulen an der Witzlebenstraße, In der Vahr, Delfter Straße und Rechtenflether Straße werden zu offenen Ganztagschulen, an denen die Teilnahme an den Nachmittagsangeboten freiwillig ist. Die Grundschule Borgfeld, die bisher eine Außenstelle der Ganztagschule am Saatland war, wird eine eigenständige offene Ganztagschule. Für die Grundschule am Pastorenweg sind die

Investitionsmittel veranschlagt, damit sie 2016/17 als gebundene Ganztagschule starten kann. Außerdem wird die Finanzierungslücke für den Neubau der Ganztagschule an der Gete geschlossen. Nicht zuletzt wird die Schule an der Stader Straße in eine gebundene Ganztagschule mit verpflichtender Teilnahme am Nachmittag umgewandelt. Neben der sozialen Lage des Stadtteils war die regionale Verteilung von Ganztagsangeboten im Stadtgebiet für die Auswahl entscheidend.

„Mit den neuen Ganztagschulen schaffen wir ein attraktives Angebot für Kinder und Eltern. Wir konzentrieren uns dabei auf die Grundschulen, weil dort das Fundament für den schulischen Erfolg gelegt wird. Die neuen Ganztagschulen sollen eine kindgerechte Lernkultur umsetzen, die mit individueller Förderung die Freude am Lernen vermittelt. Die inzwischen mit offenen Ganztagschulen gesammelten Erfahrungen

zeigen: Auch diese Schulform bietet auf dem Weg zu einer gebundenen Ganztagschule die Möglichkeit, gezielte Förderangebote zu unterbreiten sowie Unterricht und Betreuung enger miteinander zu verzahnen“, so die bildungspolitische Sprecherin Sülmezer Dogan.

Neue Schulden werden für die zusätzlichen Ganztagschulen nicht gemacht. Der Haushaltsrahmen bleibt wegen Zinsgewinnen, Überschüssen aus dem Sondervermögen Hafen und Kürzungen z.B. beim Geschäftsbedarf der Verwaltung gewahrt. Neben neuen Ganztagschulen sind in den Haushalten 2014/15 weitere Verbesserungen berücksichtigt. So werden gegenüber der Planung 90 weitere LehrerInnen-Stellen geschaffen und gut 100 Stellen verstetigt, die in den Vorjahren mit Projekten der Schulreform entstanden sind. Aufgestockt um 20 auf 55 Stellen wird auch der Vertretungspool für z.B. länger erkrankte Lehrkräfte.

# Bäume nachpflanzen!

**A**bgängige Bäume sollen weiterhin nachgepflanzt werden. Die dafür nötigen Mittel muss das Umweltressort aus seinem Haushalt bereitstellen. Darüber hinaus ist der Umweltbetrieb Bremen gefordert, ein Baumpatenschaftsprogramm aufzulegen. Das sind die Kernforderungen einer Initiative, die die Grüne Fraktion auf den Weg gebracht hat.

„Bäume erhöhen die Lebensqualität in Bremen und bieten Tieren den nötigen Lebensraum. Sie sorgen für saubere Luft und

vermindern den Lärm. Bäume sind für den Klimaschutz unerlässlich. Deshalb wollen wir, dass aus Sicherheitsgründen gefällte Bäume weiterhin ersetzt werden. Neben der Gegenfinanzierung aus dem Ressorthaushalt werben wir auch für Baumpatenschaften von BürgerInnen und Unternehmen. Von einer grünen Stadt profitieren alle“, betont die umweltpolitische Sprecherin Maïke Schaefer.

Bekanntlich fehlt dem zuständigen Umweltbetrieb Bremen bis 2016 das Geld für Nach-

pflanzungen. Der Betrieb benötigt die Mittel, um dringend erforderliche Kontrollen, Rückschnitte und Fällungen morscher Bäume an Verkehrswegen zu finanzieren. Schließlich sollen bei einem heftigen Sturm möglichst keine Menschen durch herabstürzende Äste oder umfallende Bäume geschädigt werden. „Der Umweltbetrieb braucht die Gelder für nötige Sicherheitsmaßnahmen. Das kann aber nicht bedeuten, dass Straßenbäume zwei Jahre lang nicht nachgepflanzt werden. Wir wollen, dass die Lücken geschlossen werden“, bekräftigt Maïke Schaefer.

Die umweltpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion erwartet zugleich, dass in Bremen künftig robustere Baumarten gepflanzt werden. Die neuen Bäume sollen klimatischen Veränderungen besser trotzen können. „Auch Streusalz setzt den Bäumen erheblich zu. Deshalb muss der städtische Streusalzeinsatz auf das notwendige Minimalmaß verringert werden. Auch Privatleute müssen verstärkt über das Streusalzverbot aufgeklärt und die Einhaltung besser kontrolliert werden. Das trägt dazu bei, den Pflegeaufwand langfristig zu reduzieren und damit die Kosten in Schach zu halten“, unterstreicht Maïke Schaefer.



## Beratungs- und Hilfsangebote gesichert

**D**as Rat & Tat-Zentrum für Schwule und Lesben erhält weiterhin Zuschüsse in Höhe von 152.000 Euro. Die entsprechende Änderung der Haushalte für 2014/15 haben die Regierungsfractionen beschlossen. Die ursprünglich vom Gesundheitssenator geplante Streichung der Mittel ist damit vom Tisch. „Das Rat & Tat-Zentrum ist bei der Bekämpfung von Homophobie in Bremen unverzichtbar. Die Einrichtung leistet wichtige Arbeit bei der Aids-Beratung, Aufklärung an Schulen und Unterstützung von Jugendlichen bei ihrem Coming-Out“, erläutert der stellv. Fraktionsvorsitzende Björn Fecker die Entscheidung.

Auch die Arbeitsfähigkeit von Beratungs- und Hilfsangeboten für Frauen haben die Koalitionsfractionen gesichert. Viele Einrichtungen bekommen nun mehr Zuschüsse als in den Haushaltsentwürfen vorgesehen war. Der jährliche Zuschuss von 120.000 Euro für die Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution wird wegen der gestiegenen Fallzahlen um 21.000 Euro erhöht. Die Mittel für den

Frauengesundheitstreff Tenever, an den sich insbesondere migrantische Opfer von häuslicher Gewalt wenden, werden geringfügig auf 125.000 Euro p.a. angehoben. Damit der Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen seine Arbeit weiterhin verlässlich gewährleisten kann, wird ein jährlicher Zuschuss von 158.000 Euro pro Jahr bereitgestellt. Um Belegtage von Frauen zu finanzieren, die dafür wie etwa Studentinnen keine Sozialleistungen erhalten, stehen im Haushalt fortan 20.000 Euro für die Bremer Frauenhäuser zur Verfügung. Die Mittel für das Mädchenhaus werden um 30.000 Euro aufgestockt. Der jährliche Zuschuss für die Beratungsstelle Neue Wege steigt um 19.000 Euro. Dieses Angebot richtet sich an Männer, die mit Beratung und Therapien von abermaliger häuslicher Gewalt abgehalten werden sollen. Die Aufstockung dient dazu, die Wartezeit von 18 Monaten zu verkürzen und dadurch mögliche weitere Gewalttaten zu vereiteln. „Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt werden, benötigen schnelle und wirksame Hilfe. Die

Frauenberatungsstellen sind dafür unverzichtbar. Mit der Korrektur der Haushaltsentwürfe unterstreichen wir ihre wertvolle Arbeit für die betroffenen Frauen“, betont die frauenpolitische Sprecherin Doris Hoch.

Angehoben wird zudem der Zuschuss für den Gesundheitstreffpunkt West um 10.000 auf 112.000 Euro pro Jahr. Die Einrichtung sorgt in benachteiligten Quartieren für die gesundheitliche Unterstützung der BewohnerInnen mit unterschiedlichen Problemen. Nicht zuletzt werden die von den Grünen angestoßenen Präventiven Hausbesuche bei älteren Menschen ausgeweitet – in Gröpelingen ist der Start erfolgt, Blumenthal ist in einem zweiten Schritt vorgesehen. Dafür sind 200.000 Euro veranschlagt. Bei diesem Angebot geht es um die Vermittlung sozialer Kontakte, ambulanter Hilfen und Gesundheitsprävention. „Die Hausbesuche sind ein erfolgreiches Angebot, damit Menschen möglichst bis ins hohe Alter selbstbestimmt in ihrer gewohnten Umgebung leben können“, so der altenpolitische Sprecher Dirk Schmidtman.

# Hochschulen

Bund und Länder sind gemeinsam gefordert, Aufgaben und Ausstattung der Hochschulen in Einklang zu bringen, wie Silvia Schön im Interview betont.

**B**ei der Verabschiedung der Haushalte für 2014/15 haben die Regierungsfaktionen fast 5 Millionen Euro zu Gunsten der Hochschulen umgeschichtet. Das soll helfen, die schwierige Situation in der Lehre zu überbrücken. Zur finanziellen Lage und Perspektive der Hochschulen nimmt Silvia Schön im Interview Stellung.

**Die Koalition hat für 2014/15 für die Verbesserung der Lehre zusätzlich 4,8 Millionen Euro bereitgestellt. Trotzdem reißt der Protest gegen die Studienbedingungen nicht ab. Haben Sie dafür Verständnis?**

**Silvia Schön:** Ja, ich habe Verständnis für die Sorge der Studierenden. Es ist eine große Herausforderung, für gute Bedingungen und gute Qualität in der Lehre zu sorgen. Deshalb mobilisieren wir auch alle Kraftreserven und ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, zusätzlich 4,8 Mio. EUR zur Finanzierung von Stellen zur Verbesserung der Lehre und der Betreuungsrelation bereit zu stellen. Das ist angesichts der Haushaltssituation ein sehr gutes Ergebnis. Es ist der größte Einzelposten, der in den parlamentarischen Beratungen koalitionär bewegt wurde. Und davor war bereits klar: Es werden die Sondermittel „Gute Lehre“ von jährlich 8 Mio. EUR verstetigt, der Hochschulpakt finanziert, der AB-Trakt der Hochschule Bremen saniert, das NW2-Gebäude an der Universität neu gebaut, der Bremische Anteil an der Exzellenzinitiative von 6,5 Mio. EUR finanziert und die Tarifsteigerungen übernommen.

**Einerseits ist eine chronische Unterfinanzierung der Hochschulen zu verzeichnen, andererseits will Bremen die Studienplätze möglichst im bisherigen Umfang beibehalten: Passt das zusammen?**

Zweifellos ist das eine große Herausforderung! Im Benchmark-Vergleich setzt Bremen die geringsten Grundmittel je AbsolventIn ein. Wir liegen beim Geldmitteleinsatz seit vielen Jahren im unteren Bereich. Dies ist möglicherweise auch der Tatsache geschuldet, dass Bremen sich erst in den letzten 40 Jahren zu einem Hochschulstandort mit einer enormen Aufbauleistung entwickelt hat. Aber wir erreichen mit diesem Geld die höchste AbsolventInnenquote im Benchmark-Vergleich.

Die Hochschulen sind sehr erfolgreich darin, Studierende zum Abschluss zu bringen. Bei der Anzahl der Studienplätze geht es nicht darum, in jedem einzelnen Studiengang genau die jetzt vorhandene Studienplätze zu erhalten. Aber wir wollen die Hochschulpaktmittel optimal ausschöpfen, um die vorhandene Anzahl der Studienplätze zu sichern. Denn wir halten es für notwendig, jungen Menschen, die studieren wollen, auch einen Studienplatz anzubieten. Bauen wir Studienplätze ab, verlieren wir die Hochschulpaktmittel. Ein Studienplatzabbau führt nicht zu besserer Qualität, sondern zu weniger Geld vom Bund. Allerdings sind u.a. die Fragen zu beantworten: Welche Studienplätze werden nachgefragt? Welche haben für den Arbeitsmarkt eine Bedeutung? Mit welchen Studienplätzen können wir den Hochschulpakt erfüllen? Bei der Überlast lohnt es sich genau hinzusehen. Seit wir in der Regierungsverantwortung sind, haben wir sehr viel Wert darauf gelegt, dass Studierende angemessen studieren können. Im ersten Koalitionsvertrag 2007 haben wir das Programm „Gute Lehre“

**„Die Hochschulen sind erfolgreich darin, Studierende zum Abschluss zu bringen.“**

**Silvia Schön**

durchgesetzt. Jetzt haben wir mit 2,4 Mio. EUR nachgelegt. Dieser Einsatz zeigt nun Erfolge. Eine Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes zeigt, dass sich z.B. die Betreuungsrelation an der Universität von 2005 bis 2011 von 26,5 auf 18,8 Studierende pro Wissenschaftler/in verbessert hat, während sich die Betreuungsrelation an Universitäten (ohne Humanmedizin) im gleichen Zeitraum von 18,9 auf 19,4 verschlechtert hat. Wir liegen an der Uni besser als der Bundesdurchschnitt. Das ist ein Erfolg!

**Was ist aus Ihrer Sicht nötig, um den Bedarf der Hochschulen und die begrenzten Mittel auf Dauer in Einklang zu bringen?**

Bund und Länder sind gemeinsam gefordert: Wir haben immer mehr Studierende. Das ist auch gewollt. Im Jahr 2000 waren es noch 1.170000, jetzt sind es 1.670000. Es kann nicht sein, dass der Bund 2,7 Mrd. EUR jährlich für Hochschulen ausgibt und die

Bundesländer zusammen 20,1 Mrd. EUR. Wir brauchen einen faireren Lastenausgleich. D.h.: 1. Unter den Bedingungen des Kooperationsverbotes muss der Bund die Länder in der überregionalen Forschungsförderung und bei den Programm- und Projektpauschalen entlasten. Nach unserem gerechneten Modell sind das für Bremen 9 Mio. EUR jährlich. Dieses Geld würden wir in die Grundfinanzierung der Hochschulen geben. 2. Der Beschluss der Kultusministerkonferenz zur Hochschulbauförderung muss umgesetzt werden. Auch das bedeutet zusätzlich 4 Mio. EUR mehr im Jahr. 3. Der Hochschulpakt muss verstetigt werden. 4. Das Kooperationsverbot muss fallen.

**Selbst wenn es zu einer besseren Finanzausstattung der Hochschulen kommt, benötigen die erforderlichen Maßnahmen Zeit: Wer heute ein Massenfach studiert, hat Pech gehabt?**

Nein, nicht unbedingt. Die Hochschulen haben Globalhaushalte und könnten intern umsteuern. Aber auch hier lohnt ein Blick in die Statistik. Ein Massenfach ist überall ein Massenfach. Bei den Sprach- und Kulturwissenschaften z.B. hat sich die Betreuungsrelation von 2005 bis 2011 von 34,9 auf 24,9 verbessert, im Bundesdurchschnitt von 25,0 auf 23,9. Und bei der professoralen Betreuungsrelation liegen wir besser als im Bundesdurchschnitt. Damit sage ich nicht, dass wir gut sind. Aber wir sind nicht schlechter als an anderen Hochschulstandorten. Im Gegenteil: Wir haben in den letzten Jahren aufgeholt!



**Silvia Schön,**  
wissenschaftspolitische Sprecherin

## EU-Flüchtlingspolitik

# Humanitärer Kurswechsel nötig



**D**as Ertrinken von mehr als 360 Flüchtlingen vor der italienischen Insel Lampedusa hat einmal mehr gezeigt, dass sich an den südlichen Grenzen der EU seit Jahren eine der größten menschlichen Tragödien in Europa abspielt. Auf Initiative der Grünen hat die Bürgerschaft einen humanitären Kurswechsel in der EU-Flüchtlingspolitik gefordert. Es muss möglich sein, dass Kinder, Frauen und Männer über legale Wege nach Europa kommen und einen Asylantrag stellen, ohne dabei ihr Leben zu riskieren.

„Es ist eine Schande, dass die Staats- und Regierungschefs die Tragödie von Lampedusa mit Worten bedauern, aber die Verantwortung hin und her schieben. Die Europäische Union muss endlich Regelungen für den solidarischen Ausgleich zwischen den

Mitgliedsstaaten vereinbaren, damit dieses unwürdige Schauspiel vorbei ist“, unterstreicht der europapolitische Sprecher Hermann Kuhn.

In der Europäischen Union muss der Schutz von Flüchtlingen oberste Priorität erhalten. Nötig sind u.a. mehr Möglichkeiten zur legalen Einwanderung. „Die EU-Mitgliedsstaaten müssen mehr Flüchtlinge aufnehmen, z.B. durch das humanitäre Visum. Die Flüchtlinge müssen gerechter in den Ländern verteilt werden. Dafür muss die Dublin-Verordnung von Grund auf reformiert werden. Kein Boot mit Flüchtlingen darf in die Herkunftsländer zurückgeschickt werden. Das Rettungswesen auf hoher See muss endlich verbessert werden“, betont die migrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh.

## Tanklager Farge stilllegen!

Der Bund soll das Tanklager Farge stilllegen und seine Konzession als Betreiber zurückgeben. Als Eigentümer des Areals muss der Bund auch weiterhin die Grundwassersanierung fortführen und finanzieren, nachdem es durch das Tanklager mit giftigen Substanzen verunreinigt wurde. Der Senat soll für das Areal gemeinsam mit dem Landkreis Osterholz umweltfreundliche Alternativnutzungen prüfen. Das sind die Kernpunkte eines Bürgerschaftsantrages, den die Grünen initiiert haben.

## Grüne Politik in Leichter Sprache

Die Grünen-Fraktion will mit ihrer Politik alle Menschen einbeziehen und ihre Initiativen verständlicher machen. Daher lässt sie pro Monat bis zu zwei politische Texte in Leichter Sprache übersetzen. Sie werden auf der Internetseite der Fraktion veröffentlicht. „Behinderte Menschen haben wie alle anderen das Recht, sich politisch zu informieren. Die Leichte Sprache kann auch von Menschen mit Lernschwierigkeiten oder geringen Deutschkenntnissen genutzt werden“, erläutert der behindertenpolitische Sprecher Dirk Schmidmann.

## Kennzeichnungspflicht kommt

Noch Anfang dieses Jahres soll ein Erlass zur Kennzeichnungspflicht von Bremer PolizistInnen in Kraft treten. Innensenator Ulrich Mäurer kommt damit einer langjährigen Forderung der Grünen nach.

„Bürgernähe und Transparenz sind Markenzeichen einer modernen Polizei. Die Kennzeichnung mit einer einprägsamen Zahl auf der Uniform bei Großeinsätzen wie bei Demos oder Fußballspielen unterstreicht das. Sie macht die wenigen schwarzen Schafe in Reihen der Polizei erkennbar. Die Aufhebung der Anonymität ermöglicht BürgerInnen, sich im Fall rechtswidriger Übergriffe besser wehren

zu können. Das stärkt das Vertrauen der Menschen in die Polizei. Davon profitiert auch der weit überwiegende Teil der PolizistInnen, die sich bei ihren Einsätzen täglich engagiert in den Dienst unserer Rechtsordnung stellen“, betont der innenpolitische Sprecher Björn Fecker.

Die Kennzeichnung soll mit gut lesbaren Ziffern auf der Uniform erfolgen. Die Persönlichkeitsrechte der PolizeibeamtInnen und der Schutz ihrer Familien bleiben dadurch gewahrt. Ausnahmen von der Kennzeichnungspflicht soll es aus Sicherheitsgründen bei der Bekämpfung von schwerstkriminellen etwa im Rockermilieu geben.

## Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen

Tel.: 0421 /3011-0

E-Mail: [fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: Matthias Makosch

Fotos: Elisa Meyer, iStockphoto

Druck: Geffken & Köllner, Bremen